

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags aus-  
genommen. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin  
12.- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 10.- M. Für Post-  
bezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Ausschluss  
bezugs für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M.  
jährlich Vorauszahlung, per Brief für Deutschland und Österreich 10.- M.  
Wohltun. Expedition und Verlag: Berlin G 2, Breite Straße 5-6.

Die achtseitigen Konversationsblätter haben einen Raum von 4.- M. einschließlich  
Erwerbszettel. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt 2.- M., jedes weitere  
Wort 1,50 M., einschließlich Erwerbszettel. Laufende Anzeigen laut Tarif-  
bestimmungen und Stellen-Gehälter 2,50 M., neue von Zeit zu Zeit. Stellen-Gehälter  
in Kleinanzeigen: das fertige Blatt 1,50 M., jedes weitere Wort 1.- M.  
Verleger: Bentzen 2030, 2045, 4516, 4603, 4635, 4648, 4822

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Metallarbeiter Berlins

Ihr habt heute und an den zwei folgenden Tagen eine der wichtigsten Entscheidungen zu treffen, vor die das Berliner Proletariat je gestellt war.

Bei den Wahlen zur engeren Ortsverwaltung handelt es sich weniger um die Personen, die an die Spitze des Verbandes treten sollen, als viel mehr um die Sache, die hinter ihnen steht.

Es geht darum, ob die Gewerkschaftsorganisationen in ihrer bisherigen Einheit erhalten oder ob sie zu Trümmern geschlagen werden sollen. Es geht darum, ob die deutsche Arbeiterklasse ihren letzten organisatorischen Zusammenhang behalten oder durch parteiegoistische Zersplitterungsarbeit zum Spielball der Unternehmer werden soll.

Wer die Liste Rutsch wählt, der trägt dazu bei, daß die Reaktion, daß die Gegenrevolution, daß der Kapitalismus triumphiert und das Proletariat eine neue Schwächung erleidet. Wer für die Liste Ziska-Urich stimmt, der bekundet damit seinen Entschluß, die Gewerkschaften zu kampffähigen Organisationen zu gestalten, die dem revolutionären Willen der Arbeiterklasse machtvollen Ausdruck geben sollen.

Metallarbeiter Berlins! In Eure Hand ist die Entscheidung gelegt! Zeigt, daß Ihr den Ernst dieser Stunde erfaßt habt, wählt

### die Liste Ziska-Urich!

## Die Zertrümmerung der Gewerkschaften

Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus Deutschland hat Sinowjew, der wie ein Amokläufer gegen die internationalen Massen-Organisationen des Proletariats und insbesondere gegen die Partei- und Gewerkschaftsbewegung in Deutschland wütet, auf der 5. Moskauer Konferenz der Gewerkschaften eine Rede gehalten, die uns nun in der „Kommunistischen Zeitschrift“, dem offiziellen Organ der wirtschaftlichen Kommissariate der Sowjetregierung, vom 4. November im Wortlaut vorliegt.

Sinowjew beginnt mit der Lüge, daß die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale „einen Teil der 2. Internationale und zudem den wichtigsten“ bildet, um dann fortzufahren:

„Dank dieser Organisation kann die Bourgeoisie noch weitere fünf, zehn und mehr Jahre ihrer Existenz von der Geschichte abhandeln. In Deutschland sind viele Gewerkschaften nichts weiter als Polizeireviere. Schritt um Schritt drehen die Führer dieser Bewegung den Strick um den Hals der Arbeiterklasse, indem sie ihre konterrevolutionäre Organisation ausbauen. Diese Leute, die aus der Arbeiterklasse hervorgegangen sind und alle schwachen Seiten der Arbeiterklasse kennen, sind in der Lage, die Gewerkschaften in mächtige Bollwerke gegen die Arbeiterklasse zu verwandeln.“

Das letzte Hindernis auf dem Wege zum Sieg der proletarischen Revolution in Europa sind die Gewerkschaften in Gestalt ihrer betrügerischen Spitzen und gelben Führer, die in ganz Europa vielleicht nicht stärker als 200 bis 250 Mann sind. Zahlenmäßig ist das natürlich eine Kleinigkeit. Aber im Sinne ihrer sozialen Rolle bilden diese Leute ein gewaltiges Hindernis auf unserem Wege. Die Arbeiter in Europa hätten schon längst die Bourgeoisie überwältigt und sich auf eigene Füße gestellt, sie hätten sich vereinigt und mit ihrer Masse die Ueberreste der bürgerlichen Gesellschaft fortgeschwemmt, wenn zwischen ihnen und der Bourgeoisie nicht ein Dritter stehen würde, der sie hemmt.

Dieser „Dritte“ — das ist die ziemlich große Masse der Arbeiter-Aristokratie, die die bürgerlichen Vorurteile mit der Muttermilch eingesogen hat, jetzt die Bewegung der Arbeiter in eine andere Richtung lenkt und uns stets in den Weg tritt, wenn die Bourgeoisie in eine besonders schwierige Lage gerät.

Die Gewerkschaftsfrage ist die wichtigste und ernsteste Frage der proletarischen Bewegung. Die jetzigen Gewerkschaften sind eine wissenschaftlich organisierte Konterrevolution, sind systematisch ausgearbeitete bürgerliche Reviere, deren Aufgabe es ist, unsere Reihen zu sprengen. Die dritte Internationale hat einen ungeheuren Sieg errufen, aber wir stehen jetzt vor der Aufgabe, das feindliche Lager der Weißen zu erobern, das sich Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale nennt.

Jetzt taucht die Frage auf, wie wir uns organisieren, wie wir manövrieren müssen, um diese Gefahr leichter zu bewältigen. Wir haben die Zelle der internationalen Gewerkschafts-Union geschaffen, die in Moskau lebt und kämpft und obwohl sie nur einige Monate besteht, bereits eine ungeheure Arbeit geleistet hat. Wir haben den ersten einfachsten Schritt gemacht. Wir haben das Banner gehißt, jetzt jedoch stehen wir vor der Aufgabe, einen genauen Aktionsplan zu entwerfen, und wir müssen uns Rechenschaft abgeben, wie wir weiter handeln werden.“

Sinowjew geht zunächst auf die Frage ein, welche Stellung man den Syndikalisten gegenüber einnehmen müsse. Er beschränkt sich auf folgende Zusammenfassung mit ihnen, bis überall in der ganzen Welt die bolschewistische Revolution gesiegt hat. Nachher würde wahrscheinlich ein Teil der Syndikalisten und Anarchisten genau wie in Russland abschwenken. Für die Gegenwart jedoch proklamiert Sinowjew folgende Parole, die er vor allem an die Adresse der Führer und Parteifunktionäre richtet:

„Überlegt es Euch, bevor ihr ein Wort gegen die Syndikalisten sagt. D'Aragnon ist auch ein Marxist. Er hat Marx gelesen, um nach der Zeit die Arbeiter zu betriegen und alle Mittel gegen die Arbeiterklasse zu gebrauchen. Wir aber brauchen Leute, die Marx nicht gelesen haben, die aber, wenn die sozialistische Revolution begonnen hat, ehrlich und aufrichtig für sie kämpfen wollen.“

In seinen weiteren Ausführungen polemisiert Sinowjew gegen die Bedenken einiger Genossen, welche die Rolle der politischen Parteien in der dritten Internationale nicht so sehr betonen wollen. Er verlangt demgegenüber, daß die kommunistische Partei die allgemeine grundlegende Richtung der Internationale bestimmen müsse und daß man den Gewerkschaften gegenüber keine Heimsücherei, keine Diplomatie betreiben dürfe. Die internationale Konferenz der Gewerkschaften, die früher für den Januar in Aussicht genommen wurde, werde jetzt bis zum April verschoben werden müssen. Bis dahin müsse eine umfassende organisatorische und agitatorische Arbeit geleistet werden. Man müsse hierbei den Gewerkschaften offen sagen, daß sie einen Teil der dritten kommunistischen Internationale bilden würden. „Wir haben“, so erklärte Sinowjew wörtlich, „bisher darüber geschwiegen. Jetzt jedoch müssen wir

## Freisprechung der Mechterstädter!

### Die Justizschmach

Das Kameradengericht ist durch das Bürgergericht abgelöst worden. Die Geschworenen von Kassel, hohle Bourgeois, Großbauern und ähnliche Zeit- und Klassengenossen, der Staatsanwalt, die Verteidiger, sie alle haben an den Marburger Studenten kein Fehl gefunden. Die Berufsrichter konnten nichts anderes tun, als in den ihnen vorgelegten Akten zu beifügen, nämlich die Herren Studenten freisprechen und die Kosten des Verfahrens der Staatskasse aufzuerlegen. Und es war für den Vorsitzenden kein laurer Apfel, denn aus der Führung der Beweisaufnahme ging schon hervor, daß auch er von der Schuldlosigkeit der Marburger überzeugt war, bevor noch die Herren Geschworenen nach nur halbstündiger Beratung ihren Spruch formuliert hatten.

Der Freispruch von Kassel schließt sich würdig den Urteilen an, die im Lieblincht-Luxemburg-Prozess gegen Marjoh usw. gefällt worden sind. 15 Arbeiter, die zum Schutze der verfassungsmäßigen Regierung eingesetzt worden, werden erschossen. Auf der Flucht natürlich. Genau so, wie Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, wie Joghies, wie Lojewski, wie die zahllosen Opfer der Konterrevolution auf der Flucht erschossen worden sind. Und die Gerichte finden das ganz in der Ordnung, die Kameradengerichte ebenso wie die Bürgergerichte!

In den Zeugnisausagen vor diesem Kasserer Gericht traten sich zwei Richtungen gegenüber. Die eine bestand aus Angehörigen der „gebildeten“ Klassen und sie spendeten den Korpsstudenten hohes Lob für ihr korrektes Verhalten, sie ließen es an Dank für die tatkräftige Bekämpfung der „Spartakisten“ nicht fehlen. Die andere Richtung setzte sich aus Arbeitern zusammen. Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß das Gericht den Aussagen der ersten Zeugniskategorie größeres Gewicht beilegte als denen der zweiten. Und es war nur folgerichtig, daß der Verteidiger der Angeklagten, Herr Rütgebren aus Göttingen, besonders hervorhob, daß die Marburger Korpsstudenten sich in einem Feldzug gegen „ordnungsfeindliche Elemente“, gegen „Spartakisten“, befanden. Das konnte natürlich auf das Gericht nicht ohne Eindruck bleiben.

Alles, was zu Ungunsten der Angeklagten sprach, wurde von vornherein als geringwertig abgetan. Die Angehörigen der Volkspolizei waren Quartreiter, die angeblich nur aus politischen Gründen die Marburger Korpsstudenten anzuverhaften wollten. Andere Zeugen, die bestimmte Tatsachen mitteilten, wurden persönlich verdächtigt, ein Hauptzeuge,

der Redakteur Duderstadt, ist überhaupt nicht vernommen worden und der Verteidiger durfte ihm dazu noch den haltlosen Vorwurf machen, daß er sich von der Vernehmung habe drücken wollen.

So wurde es schon während der Verhandlungen klar, zu welchem Ziele sie führen würden. Das Ziel ist erreicht, die Korpsstudenten wurden wiederum freigesprochen. Aber trotz dieses erneuten Freispruchs wird sich das Urteil des Volkes über die Tat von Mechterstadt nicht ändern. Die Tragödie von Mechterstadt ist mit diesem Urteil erst vollendet. Erschüttert fühlt das Proletariat, wie ihm in diesem Klassenstaate kein Recht geweigert, wie es für die Arbeiterklasse keine Gerechtigkeit gibt, wie Blutschuld ungegähnt bleibt, wenn der Mord an Arbeitern begangen ist. Erst nach Ueberwindung des Klassenstaates wird dem Proletariat sein Recht werden!

(Verhandlungsbericht 3. Seite.)

## Der sächsische Bergarbeiterstreik

M. Dresden, 17. Dezember.

Im Rahmen der großen politischen Aussprache im sächsischen Landtage teilte heute Arbeitsminister Jäckel mit, daß morgen in Berlin das Schiedsgericht über den sächsischen Bergarbeiterstreik zusammentreten werde, um den Streik zu beenden. Die für heute vormittag nach Hohenstein-Ernstthal anberaumten Verhandlungen hätten nicht stattfinden können. — — — Wie die „Chemnitzer Volkstimme“ erfährt, sind die gestern stattgefundenen Einigungsverhandlungen abermals gescheitert. Das Angebot der Bergbesitzer war noch geringer als das, was der Bergarbeitervereinsleitung in Berlin gemacht worden war. Die Arbeiter lehnten das Angebot ab; ein Vermittlungsvorschlag der Arbeitervertreter dagegen wurde von den Bergbesitzern abgelehnt.

## Die Getreideverschiebungen

In der gestrigen Sitzung des sächsischen Landtages ging Wirtschaftsminister Schwarz kurz auf die Getreideverschiebungen ein. Er erwähnte dabei, daß diejenigen, die heute Partei für die Getreidebesitzer ergreifen, u. a. die Mitglieder der Dresdener Produktionsräte, doch lieber recht sehr vorsichtig sein sollten. Er wolle der Untersuchung nicht vorgreifen, könne aber schon jetzt sagen, es liege ein solches Belastungsmaterial vor, daß Zuchthausstrafen diejenigen erwarteten, die heute noch mit Hofratstiteln herumlaufen!

diesen Gedanken verwirklichen und den Arbeitern der ganzen Welt erklären, daß es anders gar nicht gehen kann."

Diese Ausführungen Sinowjews, die in ermüdender Breite die bekannten Plattheiten und Gemeinheiten dieses Spaltungsfanatikers und bewußten Lügners wiederholen, lassen hinsichtlich der den Gewerkschaften zugeordneten Rolle keinen Zweifel bestehen. Ebenso wie die Parteien sollen auch die Gewerkschaften in allen Ländern zertrümmert werden, damit das Moskauer Exekutivkomitee jenes Menschenmaterial, jenes Kanonensfutter erhält, das es zur Durchführung seiner putschistischen Pläne braucht, um sich an der Macht zu erhalten. Deshalb wird gegen die "gelben" Gewerkschaftsführer mit denselben Mitteln der Lüge und der Verleumdung gekämpft, wie gegen die Führer der sozialistischen Parteien, die sich der Moskauer Diktatur nicht beugen wollen. Deshalb wird der italienische Gewerkschaftsführer d'Aragona, dessen Beschimpfungen Serrati, selbst Mitglied der dritten Internationale, empört zurückgewiesen hat, als Arbeitervertreter gebrandmarkt. Deshalb wird um die Syndikalistischen und Anarchisten geworden fallerding mit dem Hintergedanken, sie nachher, wie in Rußland, mit allen Mitteln der Gewalt unter die bolschewistische Diktatur zu zwingen) und die Parole ausgegeben, daß man Leute nicht brauche, die Marx gelesen haben! In der Tat, wozu brauchen Leute vom Schlage Sinowjews und Konsorten marxistisch gesaltene Proletarier? Sie brauchen willenlose Handlanger, die sich nach Lubendorff-Art kommandieren lassen und die Probleme der sozialen Revolution mit der Moskauer Heugabel und dem Schimpfexilium Sinowjews lösen.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutschlands werden aus dieser neuesten "Leistung" Sinowjews erleben, was den gewerkschaftlichen Organisationen, den einzigen ungedrohten Klassenorganisationen des Proletariats, bevorsteht, wenn dem zerstörenden Treiben der kommunistischen "Zellenbauer" und Spaltpläne nicht rechtzeitig ein fester Damm entgegengekehrt wird. Sinowjew selbst aber, der es wagte, unsere Gewerkschaften als Volkzeitung und Bollwerke der Konterrevolution zu beschimpfen, zeigt erneut, daß er der Krupellose Berle und der Gebilbene ist, den wir bereits gebrandmarkt haben. In Halle hat er erklärt, daß die Antierdamer Gewerkschaftsinternationale gefährlicher sei als die Orgesch-Deute und die Weißgardisten. Jetzt überbietet er diese Provokation durch noch schlimmere Beschimpfungen der deutschen Gewerkschaften.

Ehrenpflicht eines jeden revolutionären Arbeiters ist es, diesem gewissenlosen Zerstörer der Arbeiterbewegung und seinen deutschen Handlangern die gebührende Antwort zu geben.

Die jetzt stattfindenden Neuwahlen im Metallarbeiterverband bieten Gelegenheit dazu. Wenn es erst ist um die Einheit der revolutionären Gewerkschaftsbewegung, um ihre Eingliederung in die Front der sozialen Revolution, der Stimme gegen die Handlanger Sinowjews, für die

### Diste Ziska-Urich.

### Gaukelspiel

Seitdem die Rechtssozialisten den festen Boden sozialistischer Grundsätze verlassen haben, sind sie gezwungen, statt klarer Herausarbeitung der sozialen und politischen Probleme durch mehr oder minder geschickte Sophistereien die Aufmerksamkeit von den Hauptpunkten abzulenken.

Ein Musterbeispiel dafür bieten die gestrigen Betrachtungen des "Vorwärts" über die Berner Konferenz und das künftige Schicksal der Unabhängigen Sozialdemokratie. Auf welcher geistigen Höhe diese Betrachtungen stehen, geht schon daraus hervor, daß die weitere Existenz unserer Partei lediglich darauf zurückgeführt wird, daß der große Parteiapparat "mit allen seinen besoldeten Sekretären, Redakteuren, Agitatoren und seinen Tausenden von Tagungssotolen" erhalten werden müsse. Aus dieser Trostperspektive eines Parteibureaufunktionärs wird das große schicksalsschwere Problem der Zerspaltung der deutschen Sozialisten betrachtet. Kein Wunder, daß dabei nichts weiter als einige Seichtheiten herauskommen.

Für den "Vorwärts" reduziert sich die Parteientragdicke des deutschen Proletariats auf den Gegensatz zwischen "wirklichem Kommunismus und sozialistischer Sozialdemokratie". Der rechtssozialistischen Partei schreibt er die Rolle des wahren Vertreters der Sozialdemokratie zu, während die Kommunisten als die Beförderer des wirklichen Kommunismus erscheinen. Das eine ist aber so falsch wie das andere, und deshalb ist auch die Folgerung des "Vorwärts" illusionär, daß die U.S.P.D. zwischen den Rechtssozialisten und den Kommunisten erdrückt werden würde.

Wie wenig die rechtssozialistische Partei Anspruch erheben kann, als Vertreterin der alten revolutionären deutschen Sozialdemokratie zu gelten, kann jeder erkennen, der sich ihres schmählichen Zusammenbruchs im Kriege und ihres nicht minder schmählichen Versagens in den Revolutionsjahren erinnert. Da gibt es kein Verziehen und kein Verleugern! Aus der Kriegsschuld der Rechtssozialisten entwickelte sich zwangsläufig ihre Bankrotspolitik in der Revolution, die zur Preisgabe der Interessen des Proletariats und der wichtigsten Position der Revolution führte.

Nicht minder unrichtig ist die Darstellung, als seien die Kommunisten Vertreter des wirklichen Kommunismus. Entweder ist das Ignoranz oder Förderung des bolschewistischen Zerrbildes des Kommunismus zum Zweck der Aufrechterhaltung der Verwirrung in den Reihen des Proletariats.

Wollte der "Vorwärts" sachlich und nicht unter dem Gesichtspunkt des Parteigeschäftes, an das Problem der proletarischen Zerspaltung herangehen, so müßte er anerkennen, daß die unglückselige Dreiteilung der proletarischen Front in Deutschland nicht auf die Mandate einzelner Führergruppen, sondern auf die geschichtliche Antife einzelner Teile des Proletariats zurückzuführen ist, die einerseits das Verharren des rechten Flügels im Banner reformistischer, antirevolutionärer Vorstellungen und andererseits die bolschewistische Verwirrung seines äußersten linken Flügels bedingt.

Die Ueberwindung dieses Gegensatzes ist nur möglich, wenn die große Masse des deutschen sozialistischen Proletariats sich auf dem Boden des revolutionären Marxismus zusammenfindet, den die Rechtssozialisten ebenso wie die Kommunisten verlassen haben. Diese Einigung herbeizuführen ist das Ziel der Unabhängigen Sozialdemokratie, und aus der Notwendigkeit dieser Aufgabe ergibt sich auch die historische Mission unserer Partei, die nicht das Ergebnis des Willens einzelner Personen, sondern das notwendige Resultat der proletarischen Entwicklung in Deutschland ist.

Was hier auf nationaler Grundlage formuliert ist, gilt auch für die internationalen Aufgaben der revolutionären marxistischen Parteien. Das ist der Sinn der internationalen

Mission, die in Bern eingeleitet hat und in Wien ihre Fortführung finden wird.

Für den Mangel an Argumenten ist es bezeichnend, daß der "Vorwärts" seine ganze "sachliche" Kritik der Berner Konferenz auf den Satz Hunsmans reduziert, der die Delegierten in Bern mit den Worten charakterisierte: "Leute, die ungefähr so reden wie Moskau und genau so denken wie wir". Wir können über dieses Wortspiel ruhig zur Tagesordnung übergehen, denn so weit es sich um die Proklamierung revolutionärer Ziele handelt, reden wir in der Tat "wie Moskau", ohne uns seine verhängnisvollen Methoden zu machen. Was jedoch die angebliche Identität des Denkens bei uns und bei der zweiten Internationale anbetrifft, so mag sein, daß einzelne Führer der zweiten Internationale in ihrem Denken den Grundfragen des Marxismus treu geblieben sind. Doch in ihrem Handeln, in ihrem ganzen Wesen ist die zweite Internationale eine tote Form, die nur ein Hemmnis für den Befreiungskampf des Proletariats bildet. Sie wird weder durch Wortspiele noch durch journalistische Ertzänge zum Leben erweckt werden. Ihr Schattendasein findet vielleicht nur darin eine gewisse Erklärung, daß es leider noch immer beträchtliche Schichten der Arbeiterschaft gibt, die das Gaukelspiel nicht einzusehen vermögen, das die rechtssozialistischen Parteien mit ihrem Schicksal und mit der Zukunft des Sozialismus treiben.

### Die angebliche Krise

Die Beratung der Abänderung des Reichsnotopfergesetzes hat von allem Anfang an die Steuersehen der besitzenden Kreise angeht. Insbesondere aber auch die Scheu der bürgerlichen Parteien, die Verantwortung für die schnellere Einziehung des Notopfers ihren Wählern gegenüber zu übernehmen, denen sie monatelang eingerebet haben, daß das Notopfer befristet werden müßte. Nach großen Bemühungen war es aber am Donnerstag gelungen, ein Kompromiß unter den bürgerlichen Parteien zu vereinbaren, das die Annahme des grundlegenden Paragraphen 1 der Regierungsvorlage mit einigen Änderungen sicherte. In der Freitagssitzung des Ausschusses aber erschütterte Hefflerich das Kompromiß durch die Einbringung eines ganz neuen Abänderungsantrages, der sofort von dem volksparteilichen Führer, Dr. Becker-Hessen, unterstützt wurde. Das hatte die Stimmhaltung der Demokraten zur Folge, die den Ertrag haben, sich in dem Konferenzkampf mit den Volksparteilern nicht durch größeren Mut anzugehen.

Das Verhalten der bürgerlichen Parteien ist um so unerhörter, als der Ausschuh die Regierungsvorlage außerordentlich vermindert hat. Die Zahlungsstufen sind herausgehoben worden, die Härtebestimmungen wesentlich gemildert und es ist sogar die Bestimmung eingefügt worden, daß, wenn Einpruch gegen die Veranlagung erhoben wird, die Einziehung der Abgabe bis zur Zustellung des Einpruchsbekandes ausgesetzt ist. Jeder Drückberger hat also die Möglichkeit, seiner Zahlungspflicht auf Monate hinaus zu entgehen.

Den ganzen gestrigen Nachmittag hindurch haben Verhandlungen zwischen den einzelnen bürgerlichen Parteien und den Regierungsvertretern stattgefunden. Die Deutsche Volkspartei hielt eine lange Fraktionsführung ab, ihr Ergebnis liegt noch nicht vor. Es ist aber kaum daran zu zweifeln, daß die ganze Sache beigelegt wird, und daß sich wiederum ergibt, daß in der Steuersehen und in der Absicht der Täuschung der Massen alle bürgerlichen Parteien einig sind.

### Ein Großwahltag

Das Preussische Staatsministerium hat am 16. Dezember beschlossen, am 20. Februar, zugleich mit den Landtagswahlen, die Provinzial- und Kreistagswahlen vorzunehmen zu lassen.

Der Reichspräsident hat durch Verordnung auf Grund der §§ 6 und 38 des Reichswahlgesetzes als Wahltag für die Reichstagswahlen in Ostpreußen und in Schleswig-Holstein (1. und 14. Reichstagswahlkreis) den 20. Februar 1921 bestimmt.

### Der Streik in Halle beendet

Nach Meldungen der bürgerlichen Presse ist auf Empfehlung der kommunistischen Zentrale in Berlin der Streik in Halle abgebrochen worden. Im Laufe des gestrigen Vormittags hatte sich teilweise heftiger Widerspruch gegen den Streik geltend gemacht. Die Bergleute in der Umgebung von Halle waren vollständig eingeschüchelt.

Die Verhaftung Sterns ist nach einer Meldung des "Volks-Anzeigers" auf Veranlassung des Ministeriums des Innern erfolgt. Seine politische Betätigung führte, da er Ausländer sei, zu seiner Ausweisung.

### Die Lügen des Herrn Rahr

#### Tatsachen zur Entwaffnungsfrage

Von besonderer Seite wird uns geschrieben:

In der Note der deutschen Regierung an die Entente wird bezüglich der Entwaffnung in Bayern folgendes gesagt: "Die im Entwaffnungsgelehr vorgegebene freiwillige Waffenabgabe hat in Bayern ein weit ungünstigeres Ergebnis gehabt als im übrigen Deutschland. Die abgelieferten Waffen stammten überdies zum Teil von den Einwohnerwehren, die sich also nicht auf die ihnen zunächst nur vorgeschriebene Anmeldung ihres Waffenbestandes beschränkt, sondern den für entscheidlich erachteten Teil alsbald abgeliefert haben. Die Ausrücker hatten sich aber im April 1919 bei Erkürmung der Münchener Kasernen großer Waffenporträte bemächtigt, und die planmäßige militärische Abschuhung der Stadt hat später nur den geringeren Teil dieser Vorräte wieder zutage gefördert. Es muß also als feststehend betrachtet werden, daß sich noch sehr beträchtliche Mengen von Waffen aller Art in den Händen der ordnungsfähigen Elemente befinden."

Diese Behauptungen sind un wahr. In ganz Bayern wurde während der Revolution nicht eine einzige Kaserne erkümt, weder bei der Revolution des 7. November, noch zur Zeit der Räterepublik. Lediglich am 21. Februar 1919, nach Eisners Ermordung, wurde versucht, das Zeughaus zu erkümen, der Versuch konnte aber durch glückliches Zureben vereitelt werden. Ueber die Bewaffnung der Arbeiter während der Räterepublik im April 1919 verbreitete man phantastische Zahlen, so erzählt eine Berliner Zeitung, daß das Dachauer Heer 100 000 Mann betrage. Tatsächlich waren die Dachauer Truppen 1200 Mann stark, einbegriffen Train und Ciappe. Gegen diese 1200 Mann zog ein mit modernsten Waffen ausgerüstetes, von deutschen Generalstabs-offizieren geleitetes Heer in Stärke von sage und schreibe 45 000 Mann.

In München waren von der Arbeiterschaft insgesamt nur 4000 Mann mit Gewehren bewaffnet worden. Ein Teil dieser Gewehre wurde schon am 23. und 24. April in die Betriebsdepots

zurückgebracht. Die Münchner regulären Soldaten, die hinter der Räterepublik standen, waren 2000 Mann stark. Der Waffenbestand in allen Kasernen Münchens umfaßte 5000 Gewehre. In den Zeughäusern befanden sich laut Akten des Generalkommandos I. Bayerisches A.-K., bei Aufrichtung der Räterepublik etwa 8000 Gewehre, die zum Teil nicht einmal gebrauchsfähig waren. Am 1. Mai 1919 wurde von der Münchner Arbeiterschaft mindestens die Hälfte der erhaltenen Gewehre auf Grund der Aufrufe der Betriebsräte, die zur freiwilligen Waffena b g a b e aufgefordert hatten, in den Betrieben und in Waffenammesstellen niedergelegt.

In den Kampftagen des Mai waren im ganzen, so unglücklich das klingen mag, nicht mehr als 400 Notgardisten am Kampf beteiligt. In Dachau, dem Schauplatz der schwersten Gefechte, kämpften zum Beispiel 80 Leute, denen eine Koskemaht von zirka 6000 Mann gegenüberstand. Nach der brutalen Niederschlagung der Räterepublik und nach der militärischen Durchsuchung erließ General M ö h l einen Aufruf zur Waffenabgabe, den er damit begründete, daß in München allein 100 000 Gewehre sich befunden hätten, von denen erst zirka 25 000 erfasst worden seien. Einige Tage später wurde dem General in der "Neuen Zeitung" auf Grund der Zahlen der Akten des I. A.-K. nachgewiesen, daß das ehemalige I. Armeekorps, zu dem das südlich der Donau gelegene Bayern gehört, keine 100 000 Gewehre hatte. Gleichzeitig wurde in einem Artikel Herrn M ö h l vorgehalten, daß er mehr Waffen "gefunden" habe, als in München überhaupt existierten.

Und wie waren die Verhältnisse außerhalb Münchens? In den Augsburgener militärischen Waffendepots befanden sich bei Aufrüstung der Räterepublik einige tausend Gewehre. Die größte Zahl dieser Gewehre wurde schon am 14. oder 15. April von Augsburg Stadtkommandanten Edelmann, einem Rechtssozialisten, der in der Räterepublik eine sehr zweifelhafte Rolle spielte, den Regierungstruppen im Lager Laidfeld ausgeliefert. Den Augsburgener Arbeitern wurden im ganzen 500 Gewehre ausgegeben. Die Münchner-Augsburger Maschinenwerke, in denen 4000 Arbeiter beschäftigt sind, bekamen 150 Gewehre und eine Räte-Munition (125 Patronen). Diese 500 Gewehre wurden auf Grund eines Abkommens mit den Regierungstruppen am 22. April noch Unbrauchbarmachung von den Augsburgener Arbeitern abgeliefert. In M ü n c h e n, A s c h a f f e n b u r g und allen anderen Städten, in denen sich die Räterepublik einige Tage halten konnte, kam es überhaupt nicht zur Bewaffnung der Arbeiterschaft.

Das also sind die Unterlagen, die der Ordnungspolitik der Mittelsbäuerlichen Treuhänders Rahr zugrunde liegen. Die deutsche Regierung, die die Pflicht hatte, die Angaben Rahr nachzuprüfen, machte sich in unterantwortlicher Weise zum Schlichter der Rahr'schen Lügen und gibt aus Öhnmacht gegenüber der bayerischen Reaktion dem Ausland ein völlig falsches Bild von den Verhältnissen in Bayern. Es ist Tatsache, daß in Bayern von irgendeiner Bewaffnung auch nur von ganz geringen Teilen der Arbeiterschaft keine Rede sein kann. Lügnerische, zu außenpolitischen Zwecken erfundene Behauptungen sind es, daß in Bayern Kommunisten und andere Arbeiter mit allen "modernen Waffen" ausgerüstet seien.

### Die innere Lage Rußlands

#### Die Unzufriedenheit der dunklen Masse

Dr. Bestinglers, 18. Dezember.

Im zweiten Teil seiner Rede auf der Konferenz der Gouvernements-Agrarabteilungen äußerte sich Trozki über die innere Lage Sowjetrußlands. Er sagte: "Die Opposition innerhalb der kommunistischen Partei ist nur oberflächliche Natur. Weit bedenklicher ist es dagegen, daß unter den breiten Arbeiter- und Bauernmassen Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Zerrüttung herrscht. Dies ist zweifellos der Fall. Bei den dunklen Massen kann diese Unzufriedenheit sich in einem elementaren lärmlichen Ausbruch der Empörung äußern. Durch unser Geheiß über den Bureokratismus des Sowjetregimes erwecken wir in den finsternen Köpfen der Bevölkerung die Vorstellung, daß der Bureokratismus ein Ungeheuer sei, welches im Zentrum thronet und dem Lande die Lebensmittel vorenthalte. Infolgedessen verhält sich die Bevölkerung zum Sowjetregime sehr ebenso, wie sie sich früher zum Kapital verhielt, das sie ausbeutete und ihnen den Mehrwert abnahm. Daß die Mütter ihre Kinder nicht ernähren können, daran tragen wir nur zum hundertsten Teil die Schuld. Die Hauptursache liegt in der allgemeinen Verelendung. Es wird nichts Neues produziert. Die Bevölkerung meint, daß der Bureokratismus" nur ein anderer Name für die Sowjetmacht sei. Diese Auffassung herrscht nicht nur unter den Bauern, sondern sogar unter den Arbeitern. Es muß unsere Aufgabe sein, die Arbeiter für uns zu gewinnen, wie es zur Zeit des Oktobersturzes geschah, und ihnen Begeisterung einzufloßen. Es tut not, die wirtschaftlichen Anordnungen, gestützt auf das Bewußtsein der Massen, durchzuführen. Ohne Repressalien, ohne Bestrafung der Widerständlichen können wir nicht auskommen. Die Vergangenheit macht sich noch stark fühlbar. Wir wollen mit unserem Beispiel die Massen anfeuern. Im Frühjahr wollen wir an irgendeinem Ende Moskaus alles niederreißen, dort zwei Häuserblöcke mit guten Wohnungen, gemeinsamer Küche und Kindertrippen errichten, damit die wertigste Bevölkerung Recht und wir zu bauen imstande sind. Was uns noht, ist ein allgemeiner Aufschwung."

### Die Brüsseler Sachverständigen-Konferenz

In Brüssel haben bis jetzt nur die Deutschen gesprochen. In der Sachverständigen-Konferenz am Donnerstag gab Reichsbankpräsident Havenstein einen Ueberblick über den Stand des deutschen Geldwesens und der deutschen Valuta. Havenstein stellte die Angaben aus der letzten Brüsseler Finanzkonferenz dahin richtig, daß auf Grund der angestellten Nachprüfung sich im gesamten ersten Halbjahr ein Zurückbleiben der Ausfuhr hinter die Einfuhr von nicht weniger als 36 Milliarden Mark, also durchschnittlich von sechs Milliarden Mark monatlich ergeben habe. Zum Schluß seiner Ausführungen erklärte Havenstein, daß eine Verbesserung der deutschen Valuta nur aus einer Verringerung der Zahlungsbilanz erfolgen könne.

In der Sitzung am Freitag vormittag gab Staatssekretär Bergmann einen Ueberblick über die Ansichten der deutschen Regierung in der Reparationsfrage, wobei er einen Unterschied machte zwischen der Frage der Reparation in natura und der Reparation in Geld. Bezüglich der Frage der Reparation in natura skizzierte Staatssekretär Bergmann einen Plan, der später revidiert und besprochen werden wird. Der deutsche Delegierte betonte die Schwierigkeiten, die für Deutschland bestehen würden, Zahlungen in bar zu machen, solange die finanzielle Lage und der Kurs der Mark sich nicht gebessert haben.

Freitag nachmittag fand zwischen den Delegierten der Alliierten ein Meinungsaustausch statt über die Methode, die angewandt werden soll, um gewisse Vorschläge und Anregungen der deutschen Delegation näher zu prüfen. Der deutschen Delegation ist im übrigen ein Fragebogen überreicht worden, der gewisse nähere Angaben über die wirtschaftliche Lage, die finanzielle Lage, die Ausfuhr und die Einfuhr Deutschlands verlangt.

# Stadtkämmerer Böß — Oberbürgermeister von Berlin

Gestern beschäftigte sich der zur Vorbereitung der Wahl eingeleitete Ausschuss mit der Oberbürgermeisterwahl. Die Sachlage ist: Bei Bildung des Magistrats hatten sich die sozialistischen Parteien, damals Unabhängige und Rechtssozialisten, nach langen Verhandlungen auf bestimmte Vorschläge geeinigt. Danach wurde bei der Wahl trotz beständiger Bekämpfung durch die bürgerlichen Gegner verfahren. An diesem gemeinsamen Vorgehen wurde auch nichts geändert, als die Stadtverordnetenversammlung nach dem Gewaltstreik der Reaktionskräfte in der preussischen Landesversammlung zu einer nachmaligen Wahl schreiten mußte.

Der Rücktritt des Oberbürgermeisters stellte die sozialistischen Parteien vor eine neue Situation. Die bürgerliche Rechte wälzte den Oberbürgermeister Wermuth in der schärfsten Weise an, wegen seiner angeblich schlappen Haltung im Elektrizitätsstreik. Die sozialistischen Parteien kamen überein, den Antritt der Gegner zurückzuschlagen durch eine Vertrauenserklärung für Wermuth. Von diesem gemeinschaftlichen Schritt traten die sich inzwischen zu einer Fraktion zusammengeschlossenen Kommunisten zurück. Sie brachten dadurch Wermuth zu Fall und erwiesen sich als wenig zuverlässige Bundesgenossen im Kampfe gegen die bürgerlichen Gegner. Die Kommunisten bildeten nunmehr auch keine zuverlässige Basis mehr für das Wirken der sozialistischen Magistratsmitglieder. Ihr Verhalten in den letzten Wochen hat diese Meinung nur noch bestätigt. Immerhin ist eine, wenn auch sehr schwache Mehrheit aus Rechtssozialisten und Unabhängigen im Rathause vorhanden. Von diesem Gesichtspunkt aus gelangte die unabhängige Sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung zu dem Entschluß, für die Besetzung des Oberbürgermeisterpostens einen Kandidaten ihrer Partei, als der stärksten, anzuführen, zumal schon in einem früheren Stadium der Verhandlungen von den Rechtssozialisten der Anspruch unserer Partei auf dem Posten anerkannt worden war.

Als Kandidat brachte unsere Fraktion den Genossen Dr. Wegl in Vorschlag. Wegl sieht seit 20 Jahren in der kommunalen Arbeit und bringt alle Erfahrungen mit, die man nach Lage der Dinge verlangen kann. Die Rechtssozialisten, mit denen zunächst Fühlung genommen wurde, erklärten, daß sie mit denen unserer Partei auf den Posten des Oberbürgermeisters anerkennen, daß sie sich aber das Recht vorbehalten müßten, die in Vorschlag gebrachte Person näher zu prüfen. Sie wägen damit dasselbe, was wir jederzeit gegen einen von ihnen in Vorschlag gebrachten Kandidaten in Anspruch genommen hätten. Sie lehnten dann unseren Kandidaten als ansehnlich ungeeignet ab. Sie gaben uns den Rat, einen anderen Vorschlag zu machen.

Unsere Fraktion sah sich nicht in der Lage, diesem Ansuchen Folge zu leisten, zumal keine Garantie vorhanden war, daß ein anderer Vorschlag eine andere Aufnahme finden würde. Sie präsentierten vielmehr Dr. Wegl dem Wahlausschuss gestern als ihren Kandidaten. Die Kommunisten erklärten, für ihn stimmen zu wollen; die übrigen Mitglieder waren für unseren Vorschlag nicht zu haben. Nur die Deutschen Nationalen erklärten sich für richtig, daß die stärkste Partei den Oberbürgermeister stelle; der Magistrat sei gegen ihren Willen politisch aufgezogen, man habe von einem homogenen Magistrat gesprochen und da sei es folgerichtig, nun auch den politischen Parteien, die den Magistrat geschaffen hätten, die volle Verantwortung zu überlassen.

Die übrigen bürgerlichen Mitglieder widersprachen dieser Auffassung. Man müsse an die Spitze Berlins einen Mann stellen, der im Verwaltungswesen erfahren sei und Berlin aus den Schwierigkeiten herausführen könnte. Die Rechtssozialisten wiederholten ihre schon oben dargelegte Erklärung.

Hierauf wurde die Sitzung unterbrochen und die bürgerlichen Vertreter mit Rechtssozialisten mit Ausnahme der Deutschen Nationalen, traten zu einer längeren Aussprache zusammen, die damit endete, daß sie nach Eröffnung der Sitzung erklärten: „In der Öffentlichkeit sei der Name des Kämmerers Böß genannt worden.“ Es sei notwendig, meinte der Vertreter der demokratischen Partei, in der jetzigen Lage einen unpolitischen Verwaltungsbeamten an die Spitze der Stadt zu stellen. Ihm schlossen sich die Vertreter der anderen Parteien an. Auch die Rechtssozialisten sprachen sich für Böß aus. Nur wollte niemand Böß als Parteikandidaten präsentieren. Um sich aus dieser Situation zu retten, wurde Zettelwahl beantragt, die ergab, daß 12 Stimmen erhielt, während für Dr. Wegl 10 Stimmen abgegeben wurden. Drei Zettel waren unbeschrieben, sie sind von den Deutschen Nationalen abgegeben worden.

Nach dieser Sachlage bilden die Deutschen Nationalen das Zünglein an der Waage. Nachdem sie erklärt haben, daß für sie Böß nicht annehmbar sei und sie den einen Fachmann für ungenügend halten und die volle Verantwortung den Sozialisten zugeschoben werden müsse, ist die Lage im Rathause keineswegs klar. Wir haben an den Stimmen der Deutschen Nationalen natürlich kein Interesse, da sie nur Vorschlagspolitik treiben. Daß die Situation so gekommen ist, ist in gleicher Weise Schuld der Rechtssozialisten und der Kommunisten, die wohl vorgeben, grundsätzlich sozialistische Politik zu treiben, in Wirklichkeit aber die Tätigkeit des von ihnen selber mit gewählten Magistrats tagtäglich sabotieren. Die Rechtssozialisten aber übernehmen eine Verantwortung, die sie vor der Berliner Arbeiterschaft nicht verantworten können.

## Der Mord von Mechterstädt

Am Freitag wurde die Vernehmung der Sachverständigen fortgesetzt. Sachverständiger Dr. Engelhardt befand, daß er keine eindeutige Verlesung festgestellt habe, die nicht von Schüssen hergerührt sei, und zwar auch in denjenigen Fällen, in denen die Verlesungen den Laien als Stichwunde erschienen. Anhaltspunkte dafür, daß die Gefangenen nicht im Laufem getrossen worden seien, bestanden nicht. Es wird nun ein Telegramm des Zeugen Henning, das er bei der Verlesung, worin dieser erklärt, daß er keine Ladung erhalten habe und gegen die Bemerkung des Verteidigers protestiert, daß er sich mit Absicht dem Projektil weichen ließ, dem Staatsanwalt mit, daß nach einer telegraphischen Meldung der Staatsanwaltschaft Eisenach gegen den Zeugen Henning ein Verlesung ein Verfahren wegen Meineid und Verlesung zum Meineid schwebt und um Nachsicht bitte, ob sich aus der Aussage des Hesse in diesem Prozeß ebenfalls der Verdacht eines Meineids ergebe. Gerichtsarzt Dr. Janide aus Eisenach befindet in längeren Ausführungen, daß die Schüsse nachweisbar von hinten und von oben abgegeben seien. Der Henschuh bei Harnschuh sei allerdings von vorn eingetreten, sei aber erst der zweite Schuß gewesen.

Gewehrfabrikant Schrader äußert sich über die Wirkung des Schusses, das er bei kurzen Entfernungen als ein äußerst ungenaues Geschos bezeichnet. Es sei durchaus möglich, daß die Schüsse einen genaueren Anblick geboten hätten. Die hohe Genauigkeit der Schüsse erklärte der Sachverständige erstens durch das Fehlen der Schiffe, durch die Flucht bedingte Schiffe, das kein genaues Ziel ermöglichte, zweitens damit, daß jeder Mensch im Nebel sich auf Augen anderer vergrößert, drittens, daß das Wasser des In-

fanteriegeschwehrs, auf 400 Meter Fernschuß eingestellt, auf kürzere Entfernung erhöht sieht, und viertens damit, daß die Angeklagten meistens Offiziere gewesen seien, die schon lange nicht mehr mit Gewehr oder Karabiner Schießübungen gemacht hätten.

Nach weiteren Ausführungen der Sachverständigen, Oberleutnant v. Penzler und Professor Dr. Külle wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Danach begannen die Plädoyers.

### Staatsanwalt Sauer.

Er begrüßte es, daß die Berufung vor das unparteiische Schwurgericht gegangen sei. Unser Urteil beruht nur auf der Beweisaufnahme. Wir dürfen nicht unter dem Einfluß der Linkspresse oder der Rechtspresse stehen. Es gibt zwei Möglichkeiten: Die Annahme, daß die Angeklagten die Gefangenen zur Flucht gedrängt haben, dann läme die Schuld des Totschlages in Betracht, oder man muß annehmen, daß die Gefangenen freiwillig gestanden und die Angeklagten im Mittel der Verlesung fahrlässig zu weit gegangen sind. Dann wäre es fahrlässiger Totschlag. Gegen das Studentenkorps ist der Vorwurf erhoben worden, daß es aus Rache und eventuell zugunsten der Rappregierung ausgezogen sei. Der Zeuge Hauptmann Meyer hat uns aber bewiesen, daß ein militärisches Eingreifen gegen das Befehlen einer roten Armee durch die Zeitverhältnisse notwendig war. Der Verdacht des Racheburses liegt also fern. Auch der Vorwurf einer unerlaubten Festnahme und einer mit Gewalt und Rohheit erfolgten Arretierung unschuldiger Arbeiter, ist nicht erwiesen. Durch die Zeugenaussagen ist die Schuld der erschossenen Arbeiter festgestellt. Es ist verwunderlich, daß die Gefangenen beim Durch-

## Genossen! Metallarbeiter!

Sonnabend, Sonntag und Montag ist Wahl der engeren Verwaltung.

Wählt und werbt nur für die

### Liste Ziska-Urich

Die linke Hälfte des Stimmzettels ist zu durchstreichen.

Keiner darf die Wahl verfäumen!

marisch durch Mechterstädt nicht um Hilfe gerufen haben. Das ist mir ein wichtiges Argument. Die Zeugenaussage des Bah ist in zu vielen Punkten widerlegt, als daß sie mir ganz unzweifelhaft erscheinen könnte. Bah war auch bei den Einwohnern als einer der schlimmsten bekannt. Ich kann nach dem Zeugnis der Angeklagten keine Schuld nachweisen. Durch die Sachverständigen sind alle Angaben, daß die Geideten durch Kolbenstöße getötet, oder aus nächster Nähe von vorn erschossen worden seien, widerlegt worden. Ich beantrage, die Schuldfrage zu verneinen, weil der Beweis nicht ausreicht.

Verteidiger Dr. Lucigebirne führte aus: Wer in diesem Prozeß große Sensationen erwartet hat, ist bitter enttäuscht worden.

### Gerechtfertigt sind die Angeklagten.

gerichtet die Angeber. Der Verteidiger erörterte dann in längeren juristischen Ausführungen die gesetzliche Grundlage des Anlagenvorwandes. Die unsinnige Behauptung, daß die Angeklagten selbst aus Wollust an Grausamkeiten nach Thüringen gezogen seien, um möglichst viel Spartaletts zu ermoren, sei hier als „abermäßig“ abgetan worden. Alle Klatschereien und Aufbauschungen des Hermalings und Lämmer-Kreises hat man nachgeprüft; aber wo man ihn angefaßt hat, überall ist der Versuch des Schuldbeweises morsch an allen Gliedern. Der politische Verstand, die sich an die Entscheidung von Rechtsfällen heranmacht, muß endlich ein „Hände weg!“ zugerufen werden. Als sachlicher Richter sprach bleibt nur der Freispruch.

Rechtsanwalt Dr. Müller schloß sich seinem Mitverteidiger an. Die Angeklagten verurteilten auf das Schlusswort.

Nach der Formulierung der Schuldfrage, die auf vorläufigen Totschlag ohne Ueberlegung oder rechtswidrigen Waffengebrauch lauteten, und nach der Rechtsbelehrung zogen sich die Geschworenen um 2 Uhr 30 Minuten zur Beratung zurück. Um 3 Uhr verkündete der Obmann den Wahrspruch der Geschworenen.

### Sämtliche Schuldfragen wurden verneint.

Nach kurzer Beratung verurteilte Landgerichtsdirektor Dr. Schmidt das Urteil: „Die Angeklagten werden freigesprochen, die Kosten der Staatskasse auferlegt.“

## Deutscher Reichstag

(Fortsetzung des Berichts aus der Vellage.)

Abg. Haas (Dem.): Die Frage muß frei von jeder Parteipolitik betrachtet werden, denn es ist eine Selbstverständlichkeit, daß für die Internierten nur das deutsche bürgerliche Recht gilt, nicht der Parteikampf und seine Werturteile. Wir lehnen es ab, uns irgendwie in die inneren Verhältnisse Russlands einzumischen. Gleichwohl lehnen wir natürlich auch ab, daß Russland sich in deutsche Verhältnisse einmischt. (Lebhafte Beifall.)

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons: Für das Auswärtige Amt kommt es einzig darauf an, daß die Rechte Deutschlands gewahrt und die Pflichten Deutschlands erfüllt werden, die sich aus unserer strikten Neutralität gegenüber der Sowjetregierung ergeben. Um aber eine dauernde Regelung der Interniertenfrage herbeizuführen, ist das Auswärtige Amt mit der Uebertragung der Verwaltung an das Reichswehrministerium einverstanden — unter der Voraussetzung, daß die Sowjettruppen stets als Internierte und nicht als Gefangene betrachtet werden. Gegenüber den Ausführungen des Abg. Rosenfeld stelle ich fest, daß es in Deutschland keine Wrangeleigenschaft gab oder gibt. Die Worte des Herrn Abg. Haas über die Behandlung des russischen Vertreters in Deutschland unterschreibe ich Wort für Wort, denn es ist klar, daß der russische Vertreter Anspruch auf genau die gleiche Behandlung hat, wie wir sie unserem Vertreter in Russland wünschen.

Staatssekretär Grzesjnski geht dann auf verschiedene Einzelheiten der Debatte ein.

Abg. Roenen (Komm.): Wir mißbilligen das Auftreten des Reichsfinanzministers gegen Staatssekretär Grzesjnski, das ein In-Schuld-nehmen der Deutschen Nationalen darstellt. Wir sind neugierig, wie sich die Rechtssozialisten zu diesem Verhalten des Ministers stellen werden. Die Desorganisation der Internierten wurde durch das ungeschickliche Vorgehen der Reichswehr herbeigeführt. Wir protestieren gegen die Uebernahme der Interniertenlager durch das Reichswehrministerium.

Die Kommunisten beantragen unter näherer Begründung eine Resolution, daß die Behandlung der Internierten durch die Regierung nicht den Anschauungen des Reichstages entspreche.

Es entspinnt sich eine Geschäftsordnungsdebatte über die grundsätzliche Frage, ob eine solche Begründung am Wortlaut des Antrages nach der Geschäftsordnung zulässig ist. Diese Debatte wird jedoch abgebrochen, um nach Schluß der Gesamtsprache fortgesetzt zu werden.

Bei Schluß der Redaktion dauert die Sitzung noch an.

## Die Notlage der Pensionäre

Im Hauptauschuß des Reichstages wurde heute das Pensionergesetz durchgelesen. Grundsätzlich wurde die Gleichstellung der Alpenpensionäre mit den Reupensionären beschlossen. Unsere Anträge, ein Mindesteinkommen

von 10 000 M. festzusetzen und bei einem Gesamteinkommen von 20 000 M. aus Vermögen und gewinnbringender Tätigkeit jeder Art einschließlich des Ruhegehaltes die Zahlung von Zuschüssen einzustellen, wurde gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Es wurde beschlossen, bei einer Pension von 18 000 M. aufwärts den Zuschuß um die Hälfte zu kürzen und bei einer Pension von 25 000 M. die Zuschuß-Zahlung ganz einzustellen.

## Der Kampf in der Tschechoslowakei

Auf dem Wege zur Einigung

Prag, 17. Dezember.

Wie Karobni Listy melden, fand gestern eine Besprechung der tschechischen sozialistischen Parteien (Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten) unter Teilnahme von Vertretern der Legionäre statt, wobei über die Schaffung eines einheitlichen tschechischen sozialdemokratischen Blocks verhandelt wurde. Die Parteien erklärten grundsätzlich ihre Einwilligung, doch äußerten einige Teilnehmer Bedenken, ob es unter den gegenwärtigen zerrütteten Verhältnissen möglich sei, einen solchen Block zustande zu bringen, und eine vorwiegend sozialistische Regierung zu bilden.

Der agrarische „Venkov“ demontiert die aufgekauften Kombinationen über die Möglichkeit einer neuen Koalition der parlamentarischen Parteien und der Bildung einer entsprechenden Regierung.

Wenn diese Meldung zutrifft, ist sie ein Anzeichen für die beginnende Einigkeit der sich gegenseitig zerfleischenden proletarischen Parteien in der Tschechoslowakei. Ob es zur Bildung eines sozialistischen Blocks kommt oder nicht, jedenfalls ist es erfreulich, daß sämtliche sozialistischen Parteien, mit Einschluß der Kommunisten, die gestern noch die Sozialdemokraten als „Sozialverräter“ beschimpften, sich zu gemeinsamen Beratungen zusammengefunden haben. Eine der Ursachen des herozitierenden Einigungswillens dürfte die starke Ernüchterung sein, die nach dem Zusammenbruch der so leichtfertig inszenierten Bewegung in den Massen um sich greift, wie auch die bis weit nach rechts dringende Erkenntnis, daß eine Fortdauer des proletarischen Bruderkampfes eine Katastrophe für die tschechische Republik und für die gesamte Arbeiterbewegung bedeuten würde.

### Das Ablaufen des Generostreiks

Prag, 17. Dezember.

Den Blättern zufolge hält der Generostreik im Karbiber und Tschiger Koivier an, hingegen wird im Teplitzer Bezirk überall gearbeitet.

## Neuaufnahmen in den Völkerbund

Die Völkerbundsversammlung beschäftigte sich mit den weiteren Aufnahmen. Die Kommission empfahl die Aufnahme Bulgariens. Von 30 Delegationen stimmten 25 für die Zulassung Bulgariens, während Biviani-Frankreich sich der Stimmabgabe enthielt, da er nicht genügend über Bulgarien unterrichtet sei. Die Aufnahme Costa Ricas wurde einstimmig mit 36 Stimmen beschlossen. Für das Aufnahmegesuch Finnlands stimmten 29 Delegationen. Durch die Aufnahme Finnlands soll über der Regelung der Kalandsfrage nicht vorgeschritten werden. Auch das Aufnahmegesuch Luxemburgs wurde mit 28 Stimmen angenommen. Präsident Humans stellte unter dem Beifall der Versammlung fest, daß fünf neue Staaten, Desterreich, Bulgarien, Finnland, Costa Rica und Luxemburg, nunmehr dem Völkerbunde angehören.

Armenien, Estland, Georgien, Lettland und Litauen dürfen vorläufig noch nicht in den Völkerbund, es fassen aber jeweils eine Vertretung in den technischen Organisationen des Bundes.

Eine kommunistische Landtagsfraktion in Bayern. Die vereinigte kommunistische Partei hat dem Präsidenten des bayerischen Landtages mitgeteilt, daß sie eine eigene Landtagsfraktion gebildet habe. Sie besteht aus sieben Abgeordneten, unter dem Vorsitz des Abgeordneten Graf. Von den sieben Fraktionsmitgliedern befinden sich vier in Straßhaft.

Aufhebung bayerischer Sonderferien. Der bayerische Landtag hat heute beschlossen, die bayerischen Sonderferien, den Hochneujahrstag (6. Januar) und den Frühjahrsbuchtstag aufzuheben. Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Deutsch-italienische Verkehrsverhandlungen. In den letzten Tagen fanden zwischen der deutschen Reichsregierung und Vertretern der italienischen Regierung in Berlin Verhandlungen statt mit dem Ziel, den Verkehr zwischen Deutschland und Italien, der sich bereits jetzt in günstiger Entwicklung befindet, nach Möglichkeit zu erleichtern. Es handelt sich in der Hauptsache um die Schaffung direkter Tarife, um die durch die jetzt noch erforderlichen mehrfachen Zwischenabfertigungen bedingten Schwierigkeiten und Verzögerungen zu beseitigen. Nach dem Verlauf der Verhandlungen darf angenommen werden, daß eine befriedigende Regelung dieser Frage erreicht wird.

Poststrecke nach Deutsch-Oesterreich. Auf Grund einer telegraphischen Mitteilung der österreichischen Postverwaltung hat gestern in Deutschland die Annahme von Postsendungen jeder Art nach Wien gesperrt werden müssen. Ebenso dürfen in Deutschland bis auf weiteres Pakete nach solchen Ländern nicht angenommen werden, die auf ihrer Beförderung Oesterreich passieren müssen.

Hotels und Gastwirtschaftenstreik in Wien. Wie die „Wiener Arbeiterzeitung“ meldet, wurde in einer Versammlung der Hotelangestellten und Gastwirtschaften einstimmig der Streik beschlossen, der Freitag früh begonnen hat. Der Streik wird in der Weise durchgeführt werden, daß er von einem Tage zum anderen auf die verschiedenen Bezirke ausgedehnt wird.

Die Schulden der alliierten Staaten. Der Staatssekretär für Finanzen erklärte, daß in England hinsichtlich der Höhe der nationalen Schulden auf den Kopf der Bevölkerung an Schuldenlast 170 Pfund Sterling kommen, in Frankreich 5773 Franken, in Italien 2065 Lire und in den Vereinigten Staaten 336 Dollar.

Wohin das Geld der französischen Steuergelder kommt. Wie eine öffentliche Note bekannt gibt, ist im französischen Ministerium eine besondere Liquidations-Sektion der russischen Guthaben, die sich auf das Konto des Generals Wrangel beziehen, gegründet worden. Diese Sektion hat die Vorräte, die General Wrangel gesandt wurden und die man noch vor dem Untergang retten konnte, zu liquidieren. Seit dem Fall von Sevastopol verursacht die Ueberführung Wrangels und seiner Armee, sowie die Räumung der Bewohner der Halbinsel Krim der französischen Handelsliste eine tägliche Ausgabe von 1 1/2 Millionen Frank. Das gibt eine nette Aufwendung von 20 Milliarden Frank, die Frankreich der Jarenregierung gepumpt und für deren Rückzahlung die Ausgaben immer träuer werden. Rechnet man noch die russischen Summen hinzu, die die russische Expedition verschlingt, so kann man wohl sagen, daß das Geld der französischen Steuergelder recht weit vom Einnahmeort zur Verwendung kommt.

Austausch Cairo-Jerusalem. Demnächst wird zwischen Cairo und Jerusalem ein Reise- und Postdienst per Luftpost eingerichtet. Die Reise wird einschließlich der Aufenthaltnahme in Alexandria und Jaffa nur fünf Stunden dauern.

# MASSARY

Zum Weihnachtsfeste!



KON LINON

## Theater und Vergnügungen

**Volkshühne**  
Wallensteins Tod  
Neues Volkstheater  
Die vier Robinsons.  
**Proletarisches Theater**  
Prinz Hagen  
Staats-Theater.  
Amoretten  
Santigenes Saffazo.  
König Richard III.  
Deutsches Theater  
Kammerspiele  
Königgräber Str.  
Salome  
Komödienhaus  
Berliner Theater  
Nachtigall

**Walhalla-Theater**  
Täglich Kaffeebinder  
7 1/2 Uhr: Milch-Courier

**Casino-Theater**  
Der Fehltritt einer Frau  
Täglich: Gala-Sänger

**Residenz-Kasino**  
Täglich Gr. Ball  
Anfang 8 Uhr

**APOLLO**  
Seelöwen  
Anfang 8 Uhr

**Metropole**  
Grammophone  
Schmidt

**Central-Theater**  
Die Internationale  
Anfang 8 Uhr

**Folies Caprice**  
Anfang 8 Uhr

**SCALA**  
LUTHERSTRASSE  
7<sup>te</sup> Sensationelle Tricks  
Fabelhafte Ausstattung  
Ballet Gerard in höchster Vollendung

**Gold-Silber-Bruch**  
Metallschmelze  
Stemensstraße 8

**Trauringe**  
Dukatengold 900 gef. 180.-  
14 Kar. Gold 585 gef. 8 Kar. Gold 333 gef. 18.- vorrätig am Lager

**Einkauf von**  
Gold Silber Brillanten Platin

**MINOGA**  
Verlin D., Gröner Weg 69  
Tel.: 112. 2400

**Stoffe**  
Konfektion  
C. Pelz  
Kottbuser Straße 5

**M. SCHULMEISTER**  
Ulster Paletots Sport-Pelze  
A züge Bekleider Bunte Westen

**Zinn! Lotzinn! Messing!**  
Zinnblech, Zahn bis 100 -  
Pfeifenblech! Goldblech bis 40 -  
Silberblech bis 1.20 nach Kurs  
Kupfer! Messing! Nickel! Aluminium! Zink! Sapporo. Silber!  
Quecksilber! Stannolpapier! Flaschenkapseln! Gießström-  
schneid bis 150 - kauft Edelmetall-Einkaufsbureau,  
Weberstr. 31. (Sendv. v. auf halb werden prompt erledigt)

**MOBELKREDIT**  
FRIEDEBERG  
BÜLOWSTR. 24  
AM HOCH-BAHNHOF

**Damen-Wintermäntel**  
Einzelverkauf zu Engrospreisen  
Flanshmäntel  
Berlin G., Al. der Wallstr. 22, Hofpartierre red.

**Briefmarken, Münzen**  
kauft Grossmann, Johannisstr.  
Norden 1062L

**TRAURINGE**  
Dukatengold 100. 14 Kar. Gold 585 gef. 8 Kar. Gold von 39.75 an.  
J. Weinstock a. m. b. H.  
Zentrale. Mohrenstr. 16  
Ankauf Gold-, Silber-, Platin-  
Achtung! Kein Laden! Geöffnet 9-1, 2-6

# Die Gelegenheiten

Kommt sobald nicht wieder!



Eleganter Damenstiefel  
echte Lackkappe,  
neueste mod. Form  
**138:-**

Solider Herrenstiefel  
für Strasse und Beruf, unverwundlich  
**138:-**

Eleganter Herrenstiefel  
mit und ohne Lackkappe, in echt  
Rindbox und echt R.-Chevreau  
**158:-**

Eleganter Spangenschuh  
in Leder, mit hohem Absatz. Vor-  
züglicher Ball- und Strassenschuh  
**98:-**

Garantie: Leder in guter Verarbeitung

Der Vorname  
müsst!

# Conrad Tacke & Cie. Schuhfabriken in Burg, Mgd. Bg.

SW, Friedrichstr. 240/41 NW, Turmstrasse 41 N, Friedrichstrasse 130 SO, Oranienstrasse 2a Neukölln, Bergstr. 30/31  
W, Potsdamer Strasse 50 NW, Wilanacker Str. 22 N, Mälerstrasse 3 SO, Wrangelstrasse 49 Charlottenburg, Wilmers-  
W, Schillstrasse 16 N, Brunnenstrasse 37 O, Andreassstrasse 50 C, Spittelmarkt 15 dorfer Str. 122/23, Potsdam  
NW, Beusselstrasse 29 N, Danziger Strasse 1 O, Frankfurter Allee 22 C, Rosenthaler Strasse 14 Brandenburger Strasse 54



# Abrechnung mit den Deutschnationalen

## Verschlechterung des Wuchergesetzes — Annahme der Beamtenbesoldung

18 Punkte standen auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung des Reichstags. Soweit es Angelegenheiten von geringerer Bedeutung waren, über die es Meinungsverschiedenheiten nicht gab, wurden sie meist ohne Debatte erledigt. Einige bedeutungsvolle Gegenstände aber, die Anlaß zu heftigen Auseinandersetzungen hätten geben können, wurden vorsichtigerweise von der Tagesordnung abgesehen. Das gilt insbesondere von dem Gesetzentwurf über die beschleunigte Verabschiedung des Reichsnotopfers, über das wiederum einmal eine sogenannte Regierungskrise eingetreten ist. Man hofft aber, daß sie bis zur heutigen Beratung aus der Welt geschafft ist.

Von den sonstigen Gegenständen hatten nur drei eine größere Bedeutung: der Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckung, das Gesetz über die Verschärfung der Strafen gegen Schleichhandel und die deutschnationale Interpellation wegen der Zustände in den Gefangenenlagern. Ein Unabhängiger Antrag auf Ausdehnung des Schutzes gegen Zwangsvollstreckung auch auf die Kriegserwitwen wurde abgelehnt, ein anderer Verbesserungsantrag durch eine Zufallsmehrheit angenommen, die Verbesserung aber später in der dritten Lesung wieder beseitigt. Bei Feststellung dieses Ergebnisses durch den sogenannten Hammelsprung erklärte der Präsident Löbe unter allgemeiner Heiterkeit, daß das zuerst festgestellte Ergebnis nicht der Kurzsichtigkeit des Präsidiums, sondern der weiten Entferrnung vieler Abgeordneter zu danken gewesen sei.

In der fortgesetzten Debatte über die deutschnationale Interpellation verstand es Genosse Rosenfeld, die neulich so kräftigen deutschnationalen Schreier vollständig zur Ruhe zu bringen. Auch die Redner der bürgerlichen Parteien rückten mehr oder weniger deutlich von den Deutschnationalen ab und der Demokrat Haas schwang sich sogar zu dem Hinweis auf, daß die Deutschnationalen, die sich heute für das Wahlrecht begeisterten, früher doch zu jedem, auch dem schimpflichsten Liebesdienst gegenüber dem Faschismus bereit gewesen seien.

Für die Kommunisten sprach Roenen, der es vorzieht, lieber eine lange Rede in der „Schwapphube“ zu halten, als in Halle zu sein, wo der Generalfreiherr den Aufenthalt anscheinend etwas unangenehm macht.

### Der Sitzungsbericht

Die Sitzung beginnt mit der Erledigung kleiner Anträge. Auf eine Anfrage des Abg. Sauerbrei (U. S. P.), teilt die Regierung mit, daß die Verteilung der Entlassungsanträge für Kriegsteilnehmer jetzt Aufgabe der Abwicklungsintendanturen Preußens sei. Auf eine Beschwerde des Abg. Kunert (U. S. P.) über die Minderwertigkeit des Brotes, teilt die Regierung mit, daß die Ausmahlung des Getreides bereits von 90 Prozent auf 85 herabgesetzt worden sei, und daß zur Streudung nur noch vollwertige Stoffe, wie Weizenmehl, und auch das nur bis zu einem gewissen Grade verwendet werden. Eine weitere Anfrage Kunerts, was die Regierung angesichts ihrer fünf-Milliardenausgabe für die Miniausrüstung und Reichswehrmarine für die hungernden Arbeiterkinder zu tun gedenke, beantwortet ein Regierungsmitglied dahin, daß sich darüber nicht im Rahmen einer kleinen Anfrage sprechen läßt. Auf eine Beschwerde des Abg. Kunert (U. S. P.) über die Konturierung der 5000 Militärmuster gegenüber den Berufsmustern, erklärt die Regierung, daß sie die 2500 vorhandenen Militärmuster für notwendig erachte. Die bisherigen Beschwerden der Stollmüller hätten sich meist als grundlos erwiesen.

Eine Novelle zum Weingesez bestimmt, daß die Zuteilung des Jahrganges 1920 bis zum 31. März 1921 verlängert wird. Die Vorlage wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

### Das Gesetz gegen den Schleichhandel.

Es folgt die zweite Lesung des Wuchergesetzes, wonach in besonders schweren Fällen auf Zuchthaus bis zu 5 Jahren und Geldstrafe von mindestens 20 000 Mark ab erkannt wird. Das Gesetz soll am 1. Januar 1921 in Kraft treten.

Abg. Deutscher (D. Bp.) begründet das Gesetz und weist darauf hin, daß die Forderung der Gastwirte, daß auf sie diese strengen Strafen nicht anzuwenden seien, im Rechtsauschuss abgelehnt worden ist.

Abg. Kadbruch (Soz.): Die bayrische Wucherordnung, welche der ursprüngliche Ausgangspunkt des hier vorliegenden Gesetzes ist, halten wir für ungesetzlich. Das öffentliche Ansehen des Urteils ist nur eine moderne Form des Prangers. Von der praktischen Wirkung des Gesetzes versprechen wir uns so viel wie nichts. Wir werden aber dem Gesetz über grundsätzliche Bedenken hinweg unsere Zustimmung geben. (Beifall.)

Abg. Herzfeld (Kom.): Den § 6a (Amnestieparagraf) lehnen wir grundsätzlich ab, stimmen aber sonst mit den Auffassungen des Vorredners überein. (Beifall links.)

Bayrischer Gesandter von Preger antwortet auf die Angriffe gegen die bayrische Verordnung, und meint, daß durch sie Ruhe und Ordnung in Bayern aufrechterhalten worden sei.

Abg. Pukas (Bayr. Bp.): Die Verordnung der bayrischen Regierung ist nur ein Schutz der Interessen des Landes und seiner Bewohner.

Abg. Waldlein (Dem.) bricht eine Lanze für die Amnestie der Gastwirte. Es sei untraglich, wenn jetzt, nach Aufhebung eines Teiles der Verordnungen, trotzdem nachträglich noch Straftaten geahndet werden sollen, die keine mehr sind.

### Abg. Dr. Breitscheid (U. S. P. D.):

Wir stimmen dem Gesetz zu, aber wir versprechen uns nicht viel von ihm. Es ist ein Aushängeschild. Den hungernden Schichten soll durch die scharfen Strafbestimmungen vorgespiegelt werden, als geschähe etwas Ernstliches gegen den Wucher und für ihre Ernährung. Die scharfen Strafbestimmungen, wie Stellung unter Polizeiaufsicht, Verweisung an die Landespolizeibehörde, die im Gesetz unter bestimmten Bedingungen Zwangsvollstreckung sind, werden den Richter leicht veranlassen, die Voraussetzung dieser Strafen, nämlich die „Habhaft“, nicht als gegeben zu erachten. Wichtiger als ein neues Gesetz wäre die energische Anwendung des alten. Aber wenn gestern erst Landwirte die Kartoffeln zu 1 M. das Pfund verkaufen, mit 50 M. Geldstrafe belegt worden sind, so setzen wir auch keine Hoffnung auf die Wirkungen des neuen Gesetzes.

Die bayrische Verordnung steht im Widerspruch mit der Reichsverfassung, wenn das Reichsjustizministerium das bestreitet — um so schlimmer für das Reichsjustizministerium. Erlaubt man Bayern diese Verletzung der Reichsverfassung, so ist gar nicht abzusehen, zu welchen Gesetzen sich die bayrische Regierung im Namen der Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“ noch für berechtigt hält. Wenn der bayrische Regierungspräsident erklärte, die Verordnung sei im Interesse der Arbeiter erlassen, so haben wir starke Zweifel. Die bayrische Regierung hat weniger aus Sympathie für die Arbeiter als aus Abneigung gegen die Reichsverfassung gehandelt. Im übrigen: Wir fürchten die Bayern,

auch wenn sie Geschenke bringen. Die Verordnung muß durch Reichstagsbeschluß beseitigt werden. (Beifall.)

Reichsjustizminister Heine wendet sich gegen die Abänderungsanträge, insbesondere um Ablehnung des Antrages auf Aufhebung der bayrischen Verordnung.

Abg. Reich (Kommunist). Hatte die Regierung bisher die Absicht gehabt, den Wucher zu verfolgen, so hätte das frühere Gesetz genügt. Ein Erhöhung der Strafe wird nur eine Erhöhung der Bestechungsgelder an die Beamten zur Folge haben.

Der neueingefügte Paragraf 6a, wonach Bestrafungen wegen früherer Zuwiderhandlungen nicht mehr stattfinden, wird angenommen. — Die Aufhebung der bayrischen Verordnung wird abgelehnt.

In der dritten Lesung wird das Gesetz einstimmig angenommen.

Es folgt die erste Lesung eines Gesetzes zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen, verbunden mit einem Antrag Müller-Franke (Soz.), wonach die bisherige Verordnung bis zum 1. Januar 1922 verlängert wird.

Abg. Meier-Zwickau (Soz.) betont die Notwendigkeit dieses Gesetzes.

### Abg. Frau Ziegler (U. S. P. D.):

Wir beantragen Ausdehnung des Schutzes auf die Kriegserwitwen, denn deren Not ist mindestens genau so groß, wie die der Kriegsteilnehmer. Sie müssen auch geschützt werden, weil das Schicksal der Kinder von der Gesundheit der Mutter abhängt. Die Unterstützung für die Kriegserwitwen ist durchaus ungenügend. Deshalb dürfen wir die Angehörigen der Kriegsteilnehmer nicht vergessen. Denn in Fällen, in denen das Zwangsvollstreckungsverfahren vollstreckt wird, spielen sich oft die entsetzlichsten Verwüstungen ab. Der Schutz der Kriegserwitwen muß deshalb jetzt beschlossen werden. (Bravo b. u. S. P.)

Reichsjustizminister Dr. Heine bittet um Ablehnung der Anträge. Eine Ausdehnung auf die Kriegserwitwen ist rechtlich unmöglich.

Abg. Frau Ziegler wendet sich gegen diese Ausführungen des Justizministers, während der Reichsjustizminister Dr. Heine demgegenüber nochmals auf seine vorigen Darlegungen verweist.

In den folgenden Abstimmungen wird ein Antrag Rosenfeld (U. S. P.) auf Einfügung der Worte „alle Kriegsteilnehmer“ (also auch der Lazarettinsassen) mit einer Zufallsmehrheit der sozialistischen Parteien angenommen. — Die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag der Gesetzesverlängerung bis 1. Januar 1922 bleibt zunächst zweifelhaft.

Hammelsprung ergibt Ablehnung mit 187 bürgerlichen gegen 142 sozialistische Stimmen.

Der Gesetzentwurf wird darauf in zweiter Lesung angenommen. Der unabhängige Antrag, auch die Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer mit einzubeziehen, wird gegen die sozialistischen Parteien und vereinzelte deutschnationale Stimmen abgelehnt.

Bei der dritten Lesung verlangt Abg. Waldstein (Dem.) die Streichung der durch eine Zufallsmehrheit angenommenen Worte des Antrages Rosenfeld (U. S. P.). Der Antrag Waldstein wird mit allen bürgerlichen Stimmen angenommen.

In der Gesamtabstimmung wird das Gesetz einstimmig angenommen.

Es folgt die dritte Beratung der Beamtenbesoldung.

Ein von den Kommunisten eingebrachter Antrag auf namenhafte Abstimmung bekommt durch Unabhängige Unterstützung die nötige Stimmenzahl (50). — Die Abstimmung ergibt Annahme des Gesetzentwurfes mit 209 gegen 124 Stimmen bei 15 Enthaltungen. Dagegen stimmen die Deutschnationalen, Bayerische Volkspartei und Bayerischer Bauernbund, Unabhängige und Kommunisten.

Präsident Löbe stellt fest, daß die Mehrheit um eine Stimme die Zweidrittelmehrheit überschreite. Demgegenüber betont Abg. Schulz-Bromberg, daß in einer Zweidrittelmehrheit 232 Stimmen notwendig seien, das Gesetz also, wenn es eine Verfassungsänderung bedeute, nicht angenommen sei.

Präsident Löbe gibt die Möglichkeit dieser Berechnung zu. Die Frage, ob das Gesetz eine Verfassungsänderung bedeute, kann nicht durch einen Beschluß des Reichstages entschieden werden, auch nicht durch eine Erklärung des Abg. Schulz.

Der Gesetzentwurf über die Erstattung der von den Ländern und Gemeinden den Beamten im besetzten Gebiet gezahlten Wirtschaftsbilfen wird angenommen.

Daran schließt sich die deutschnationale Interpellation betreffend die russischen Kriegesgefangenen.

Reichskommissar Stücken (Soz.): Für seine Behauptungen hat Herr Henning als Zeugen den Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes angeführt. Dieser hat mir persönlich erklärt, daß er Herrn Henning nicht zu den Äußerungen autorisiert habe (hört! hört!).

Abg. Feuermann (D. Bp.): Die Interniertenlager gehören unter die Verfügungsgewalt des Reichswehrministers. Den nichtsozialistischen Internierten ist nicht nur das Monatsgeld und die Nahrung, sondern sogar die Wäsche entzogen worden.

### Abg. Dr. Rosenfeld (U. S. P. D.):

Die Deutschnationalen haben sich in dieser Debatte eine Absicht sonderbarerweise geholt. Sie haben uns Märchen erzählt, aber nicht die Wahrheit gesagt. Daran ändert nichts die Erklärung der „Deutschen Zeitung“, daß sie die Erklärung der Deutschnationalen unterschreiben könne. Damit bestätigt nur ein Schwindler dem andern, daß er nicht die Wahrheit gesagt hat.

Der Vizepräsident Dr. Sell den Redner unterbrechend: Wegen dieser Äußerung rufe ich den Abgeordneten Rosenfeld zur Ordnung an.

Rosenfeld fortfahrend: In der Reichspressen wird die Regierung schwer angegriffen. Nach der „Deutschen Tageszeitung“ habe sich eine deutsche Regierung niemals schädlicher und kläglicher betrogen, wie die heutige Regierung. Dabei gewährt die deutsche Regierung den russischen Gefangenen und Internierten nicht einmal die Rechte, auf die sie nach dem Völkerrecht Anspruch haben. Unsere deutschen Gefangenen in Rußland könnten dieses zu büßen haben. Aber die Vertreter von der Rechten preisen auf die deutschen Kriegsgefangenen, wenn es gilt, die deutsche Reaktion zu stärken. (Beifall bei den U. S.)

Gegen die Unterstellung der Russen unter das Reichswehrministerium, besser unter Herrn Seest, erheben wir härtesten Einspruch. (Sehr wahr! links.) Sollen die Russen etwa auch dem preussischen Militärstrafgesetz unterstellt werden? Will man ihnen jedes Selbstverwaltungsrecht nehmen? Zu Lohnrückern und Streikbrechern, wie es die Rechte wünscht, werden sich die Russen niemals hergeben. (Lebhafte Zustimmung links.)

Sie, Herr Henning, der Sie der deutschen Armee als Offizier angehört haben, dürfen sich nicht darüber empören, daß in der Roten Armee angeblich Soldaten gepeinigt werden. Wie haben Sie die deutschen Soldaten gepeinigt und getreten! Wie hat man deutsche Männer noch während des Krieges behandelt und mißhandelt. (Sehr wahr! bei den U. S.)

### Ihre moralische Entrüstung ist nicht echt!

Sie wollen mit der Hege gegen die russischen Internierten nur verhindern, daß die Beziehungen zu Rußland ausgenommen werden. (Sehr wahr! links.) Die deutsche Regierung duldet immer noch Vertretungen der Wrangel-Regierung in Berlin. Der russischen Sowjetregierung aber macht sie alle möglichen Schwierigkeiten. Die Rechte will nur unter den Gefangenen Agitation für die Wrangelregierung treiben. Dagegen erheben wir Protest. (Sehr wahr! bei den U. S.) Der Hege gegen

Sowjetrußland tritt die gesamte deutsche Arbeiterklasse schärfste entgegen. Wir stehen in der russischen Sowjetrepublik vorgeschobenen Posten der sozialen Revolution, den die Arbeiterklasse gegen die heilige Allianz der Königsmacher teildigen wird. Die Deutschnationalen haben während des Krieges die elementarsten Grundzüge des Völkerrechts verlehrt, haben russische Gefangene zum Kampfe gegen Rußland organisiert, sie haben die Indier, die gefangen waren, gegen die Entente wendet (Sehr wahr! links), sie haben die gefangenen Iren in England (links) wollen. Alle diese Schandtatzen haben für dem Gewissen. (Sehr wahr! links.)

Die Hege der Rechten gegen die radikale deutsche Arbeiterklasse ist nicht mehr nötig. Die Regierung überwacht ganz besonders U. S. P. D. Der Reichskommissar für öffentliche Ruhe und Sicherheit hat ein merkwürdiges Schreiben die Welt geschickt. Er hat den Regierungen der anderen Länder den Antrag Ledebour, der den Parteitag in Halle schäftigte, mit den 200 Namensunterschriften zugelandt. Zu welchem Zweck wohl? Er hat die Behörden ersuchen lassen, die sozialen Familien der 200 Antragsteller festzustellen. (Hört, hört!) U. S. P. D. Juraß des Abgeordneten Düwels: Die sind ja nicht fähig! Rosenfeld: Nach diesem Schreiben sind offenbar gefährlicher als Sie, Herr Düwels! Reichskommissar hat weiter verlangt die Photographien der Antragsteller. (Hört, hört! bei den U. S.) Dabei ist ein Teil der Photographien sehr bequem aus dem Reichstagsgebäude zu haben. (Sehr wahr! bei den U. S.) So werden die Steuerzahler verwirrt! Wir werden mit der Hege fertig werden, wie wir auch mit der Hege fertig werden, die gegen Sowjetrußland getrieben wird. (Zustimmung bei den U. S.) und die ein Werk der Konterrevolution ist. (Sehr wahr! bei den U. S.) Gegen diese Konterrevolution ist das gesamte deutsche Klassenbewußte Proletariat eins. Gegen sie rufen die deutsche Arbeiterklasse zum Kampfe auf. Die Konterrevolution muß und wird unter den Massenritten der deutschen Arbeiterbataillone zertritten werden. (Lebhafte Beifall bei den U. S.) (Fortsetzung des Berichtes im Hauptblatt.)

## Befoldungsfragen — Rechtssozialismus für die Gehälter der Geistlichen Hohenzollernabfindung

Aus der preussischen Landesversammlung

Aus den Verhandlungen vom Donnerstag ist noch nachzutragen die erste Beratung eines Gesetzentwurfes, der eine beträchtliche Erhöhung der Haussteuer bringt. Die Erhöhung betrifft durchweg das Schicksal des bisherigen Betrages, doch können in besonderen Verhältnissen entsprechend die bisherigen Sätze insonderheit zur Anrechnung kommen. Von unserer Fraktion sprach Genosse Christange zu dem Gesetzentwurf. Er sprach zum Ausdruck, daß die Regelung dieser Materie besser mit der gemeinen Neugestaltung der Gewerbesteuerordnung vorgenommen werde. Jedenfalls müsse bei der Handhabung dieses Gesetzes die wirtschaftlich schwachen Kreise weitgehendste Rücksicht genommen werden. Gegenüber der Behauptung, daß in den Kreisen der Fleischer und Händler sich viele unfaulere Elemente befänden, betont Genosse Christange, daß die Organisation der Händler schon immer bemüht habe, ihre Organisation von solchen Elementen freizuhalten. — Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss zur Beratung überwiesen.

Am Schluß der Donnerstagssitzung wurde die Ausweisung des Reichstages in die Reichshausverwaltung als Gegenstand heftiger Gehäufungsdebatten, bei Beginn der Freitagssitzung vorgesetzt wurden. Die Reaktionen hatten, unterstützt von unseren Genossen, einen Antrag gebracht, wonach die Staatsregierung ersucht wird, die Ausweisung Stens rüchändig zu machen. Abgeordneter G. U. beantragte, diesen Antrag auf die Tagesordnung für die Freitagssitzung zu legen. Dem rechtssozialistischen Minister erstand Helfer in der Person des Deutschnationalen Kippel, der spruch gegen die Verhandlung dieses Antrages erhob und die schleunige Verhandlung verhinderte.

Die Tagesordnung für Freitag wies außer einigen kleineren Anträgen eine Reihe von Gesetzentwürfen auf, von denen in zweiter und dritter Lesung erledigt werden sollen. Die wichtigsten sind ausschließlich Befoldungsfragen für Staatsbeamte, Lehrer, Geistliche usw. Die Landesversammlung ist bei der Beratung der Befoldungen an die Reichsbefoldung gebunden, aus den Kommissionsberatungen hervorgegangenen Sätze wies in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Bei dem Gesetzentwurf über die Vereinstellung von Beamten zur Aufbesserung des Dienstverdienstes der Geistlichen Konfessionen gab Genosse Richter (Viduenberg) für unsere Fraktion die Erklärung ab, daß wir diese Gelder, die einen Betrag über 140 Millionen Mark ausmachen, nicht bewilligen können. Wer religiöse Bedürfnisse hat, solle auch die Mittel seiner religiösen Gemeinschaft selbst beschaffen. Interessant war, daß bei der Abstimmung über diesen Gesetzentwurf Rechtssozialisten bis auf einige wenige aus dem Sitzungssaal schwanden waren. Die Juristabgeordneten, darunter der Abgeordnete Heberland (Harmen), künftigen für die Bewilligung 140 Millionen!

Bei der Beratung des Gesetzentwurfes über das Dienstverdienst der Lehrer und Lehrkräften in den öffentlichen Volksschulen erklärte Genosse Richter, daß wir in Anbetracht der großen Lage dieser Lehrpersonen dem Gesetzentwurf zustimmen, obwohl seine Gestaltung uns keineswegs befriedigt. Insbesondere erhebt er Einspruch gegen die Verschlechterungen, die in dem Entwurf auf Betreiben der Regierung hineingekommen sind. Das Gesetz wurde in zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen.

Zu einer Auseinandersetzung kam es bei der Beratung des Antrages des Rechtsausschusses zu dem Gesetzentwurf über die mögliche Auseinandersetzung der Hohenzollern. Der Antrag verlangt eine neue Prüfung des Vergleichsprotokollens. Genosse P. w. g. stellte bei dieser Gelegenheit die oft angezogene Behauptung des Genossen Rosenfeld gegenüber den vielfach falschen Behauptungen fest. Rosenfeld hat als Volksbeauftragter die Befreiung des Hohenzollernbesitzes mitangeordnet. Später, am 15. März 1919, erklärte Rosenfeld bei der Beratung eines Antrages zur Notverfassung, daß die Familiengüter des Hohenzollern in der preussischen Landesversammlung folgendermaßen festgelegt sind: Wir halten es für notwendig, daß eine sozialistische Politik, wenn sie wirklich ein solches ist, in ihrer Verfassung den Familiengütern des Hauses Hohenzollern nicht halt machen. Wir haben in der preussischen Regierung mit dafür getan, daß die Familiengüter des Hauses Hohenzollern beschlagnahmt wurden. Wir wünschen, daß man jetzt noch einen Schritt weiter geht und wir rechtfertigen das damit, daß das Haus Hohenzollern sich auf Kosten des Volkes bereichert hat ...

Genosse Ludwig wies noch darauf hin, daß für den Verfall dessen erneute Prüfung jetzt auch erforderlich sei die Rechte der Arbeiter, die rechtssozialistischen ehemaligen Hohenzollern, Heine und Südekum verantwortlich sind. Daß aber unserer großen Finanznot, bei der Notlage der breiten Schichten des preussischen Volkes die Rechtspartei an dem Vergleich hielten und den Hohenzollern Hunderte Millionen nachverfügen, ist ein Skandal. Der Antrag des Rechtsausschusses wurde die Stimmen der Rechten angenommen.

Nach einigen ersten Beratungen folgte die zweite Beratung eines Gesetzentwurfes zur Vereinstellung von Staatsbeamten Selbstbewirtschaftung von Domänen. Der Rechten paßt die Sache nicht, sie verlangt Vertagung. Das Zentrum faßt die Rechten zur Hilfe. Trotzdem wurde der Verlagsantrag angenommen. Darauf beantragte das Zentrum, den nachfolgenden Entwurf der Landwirtschaft und Verwaltung vorwegzunehmen. Das wurde abgelehnt.



# Besuchen Sie unsere Weihnachts-Bücher-Ausstellung

Breite Straße 8-9. / Den ganzen Tag geöffnet. / Verkauf bis 7 Uhr abends.

### Garderobe

**HERREN-DAMEN-**  
Anzüge, Cutaways, Paletots, Uister, mit gestreift, Hosen, Sport-Jacken — Kostüme, Röcke  
— Teilkzahlung gestattet —  
**M. Beiser, Soföringer Str. 67**  
Sonntag von 12-4 Uhr geöffnet.

### Möbel auf Bar oder Kredit

in den billigsten Preisen und leichtesten Bedingungen. — Referenz auch erwünscht.  
**Möbel-Groß**  
Große Frankfurter Straße 141  
Zwölfelderstr. 5, Eingang Hinterstr.

### Dynamodraht

in Baumwolle, Seide und Enaille, kaut jeden Posten  
**Elektrobüro, Grüner Weg 100.**

### Spezial-Arzt

Dr. Seiff für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nerv. Syphilis, Sphälo-Syphilis, Blutunterdrückungen, spec. chron. Harnleid. u. Nierenleiden, Licht- u. Nerven-Heilung.  
**Dir. O. Löser, Münzstr. 9**  
Wahrer Hirschenbergplatz. 9-1, 4-3, Sonntag 9-1. Damen (sonst)

### Spezial-Arzt

Dr. Seiff für alle Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, hereditäre Syphilis, Ausschlag, Mannschwäche, Sphälo-Syphilis, Med. wie in allen u. anfechtbaren Fällen durch Blutunterdrückung, Nerven, Neu u. Silber-Schwächen-Kuren, Separates Damenzimmer.  
**Dir. A. Löser sen.**  
Nur Rosenhainerstr. 69-70  
Rosenhainer Platz.

### Geschlechts-

krank heilen, wenn alles andere versagt, nachweisbar nach Hilfe im Naturheilkunde (deutsche Zeitung), Währerbld. 3. (Galle), 20. 10-1  
— 9. Sonntag 11-1. Damenzimmer separat. Jeder Kranke bekommt Dr. med. Ludwig Kupfer'sches Heilmittel für 2.50 im verschl. Briefbogen ohne Aufdruck. Angabe des Leidens erforderlich.

### Belzwaren

ist sehr billig!  
Kreuzstücke n. 250 Stk. an Stelle n. 200 Stk. an  
Kreuzstücke n. 195 Stk. an Stelle n. 150 Stk. an  
Belzwaren. — Reparaturen innerhalb 8 Tagen  
**Poegler Kürschnerstr.**  
Kreuzstr. 15  
Dr. und Firma achten!

### Kupfer

Messing, Zinn usw.  
Duedahlber, Johngedelle  
Witt über Tagespreis  
**Brunnenstr. 11**  
**Beuffelstr. 29**  
**Fennstr. 48**  
**Weidenweg 72**

### Kupfer, Messing, Blei, Zink.

**Neuköllner Metall-Einkaufs-Zentrale**  
Kottbuser Damm 66, am Hermannplatz, kauft  
**Altmetalle**  
kauft zum Tagespreis  
**1 Oberberger Straße 1**  
Ecke Schönhofstr. Allee.

## Große

# Was? und Wo?

## Kaufen SIE zu WEIHNACHTEN?

**SCHALS** Wolle und Seide 29<sup>00</sup> 48<sup>00</sup> bis 125<sup>00</sup>  
**SOCKEN** Wolle und Macco 6<sup>00</sup> bis 24<sup>00</sup>  
**SPORTKRAGEN** Plüsch, weiß, bunt, blau-grün 6<sup>00</sup>  
**HANDSCHUHE** für Herren 12<sup>50</sup> 21<sup>50</sup> bis 28<sup>00</sup>  
**HOSENTRÄGER** Band u. Gummi 5<sup>00</sup> bis 33<sup>00</sup>  
**DAUER-WÄSCHE** Beste Qualität Alle Formen und Größen  
**KRAWATTEN** Beste Qualität  
**STRICKBINDER** Aperte Farben 13<sup>50</sup> bis 33<sup>00</sup>

Gewerkschaftsorganisierte erhalten 5% Rabatt

## ALTBERG, BERG STR. 155

vis-à-vis Steinmetzstraße

### Möbel

gegen bar und auf bequem Teilzahlung  
sehr preiswert  
Wohnzimmer  
Schlafzimmer  
Speisezimmer  
Herrenzimmer  
farbige Stühle  
Einzel-Möbel  
Stimm- und  
Klavierstühle  
Küchenschränke  
Anschreiben, Decken  
Teppiche usw.  
**Gebr. KASSNER**  
Bülowsstraße 6  
am Holtenauerplatz  
Sonntag von 2-6 Uhr  
geöffnet

### Blumenstr. 58

(des) Höhe Krautstraße  
für sämtl. Metallteile  
hohe Schmelzpreise  
Ich brauche dringend:  
Zinn, Welsmetall  
Kupfer, Messing  
Kuch für andere Metalle  
zu hohen Preisen!  
Metallhandel Charlotten-  
Waldstr. 58. Wilhelm 1971.

**ANRUFEN**  
Gumboldt 3392 z. R. 2. 679  
aber anfragen was es für  
**KUPFER**  
Rotguss | Anrufen  
Messing | 3392  
Witt, Zinn, Zink usw. gibt  
Metallverwertung  
Weidenbuser Straße 11  
Strandstr. 24, u. d. Post.  
Rippendorfer Straße 121 a  
Friedrichsdorfer Straße 107  
Dübbener Straße 31  
Bismarckstr. 10, vom 1. Trepp  
Soföringer Str. 47, 3. Keller

### Möbel

zu bedeutend herabgesetzten Preisen.  
Bar- od. Teilzahlung  
bei Ankauf von und  
Abzahlung.  
Schlafzimmer, Wohnzimmer,  
Herrenzimmer, Speisezimmer  
Dunkle Küchen  
Einzelne Möbel  
Pfeisere auch n. auswärts  
Lieferung kostenlos  
**Möbel-Cohn**  
Gr. Frankfurter Str. 58  
5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u. 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u. 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u. 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u. 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u. 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u. 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u. 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u. 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u. 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u. 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u. 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u. 828. u. 829. u. 830. u. 831. u. 832. u. 833. u. 834. u. 835. u. 836. u. 837. u. 838. u. 839. u. 840. u. 841. u. 842. u. 843. u. 844. u. 845. u. 846. u. 847. u. 848. u. 849. u. 850. u. 851. u. 852. u. 853. u. 854. u. 855. u. 856. u. 857. u. 858. u. 859. u. 860. u. 861. u. 862. u. 863. u. 864. u. 865. u. 866. u. 867. u. 868. u. 869. u. 870. u. 871. u. 872. u. 873. u. 874. u. 875. u. 876. u. 877. u. 878. u. 879. u. 880. u. 881. u. 882. u. 883. u. 884. u. 885. u. 886. u. 887. u. 888. u. 889. u. 890. u. 891. u. 892. u. 893. u. 894. u. 895. u. 896. u. 897. u. 898. u. 899. u. 900. u. 901. u. 902. u. 903. u. 904. u. 905. u. 906. u. 907. u. 908. u. 909. u. 910. u. 911. u. 912. u. 913. u. 914. u. 915. u. 916. u. 917. u. 918. u. 919. u. 920. u. 921. u. 922. u. 923. u. 924. u. 925. u. 926. u. 927. u. 928. u. 929. u. 930. u. 931. u. 932. u. 933. u. 934. u. 935. u. 936. u. 937. u. 938. u. 939. u. 940. u. 941. u. 942. u. 943. u. 944. u. 945. u. 946. u. 947. u. 948. u. 949. u. 950. u. 951. u. 952. u. 953. u. 954. u. 955. u. 956. u. 957. u. 958. u. 959. u. 960. u. 961. u. 962. u. 963. u. 964. u. 965. u. 966. u. 967. u. 968. u. 969. u. 970. u. 971. u. 972. u. 973. u. 974. u. 975. u. 976. u. 977. u. 978. u. 979. u. 980. u. 981. u. 982. u. 983. u. 984. u. 985. u. 986. u. 987. u. 988. u. 989. u. 990. u. 991. u. 992. u. 993. u. 994. u. 995. u. 996. u. 997. u. 998. u. 999. u. 1000. u. 1001. u. 1002. u. 1003. u. 1004. u. 1005. u. 1006. u. 1007. u. 1008. u. 1009. u. 1010. u. 1011. u. 1012. u. 1013. u. 1014. u. 1015. u. 1016. u. 1017. u. 1018. u. 1019. u. 1020. u. 1021. u. 1022. u. 1023. u. 1024. u. 1025. u. 1026. u. 1027. u. 1028. u. 1029. u. 1030. u. 1031. u. 1032. u. 1033. u. 1034. u. 1035. u. 1036. u. 1037. u. 1038. u. 1039. u. 1040. u. 1041. u. 1042. u. 1043. u. 1044. u. 1045. u. 1046. u. 1047. u. 1048. u. 1049. u. 1050. u. 1051. u. 1052. u. 1053. u. 1054. u. 1055. u. 1056. u. 1057. u. 1058. u. 1059. u. 1060. u. 1061. u. 1062. u. 1063. u. 1064. u. 1065. u. 1066. u. 1067. u. 1068. u. 1069. u. 1070. u. 1071. u. 1072. u. 1073. u. 1074. u. 1075. u. 1076. u. 1077. u. 1078. u. 1079. u. 1080. u. 1081. u. 1082. u. 1083. u. 1084. u. 1085. u. 1086. u. 1087. u. 1088. u. 1089. u. 1090. u. 1091. u. 1092. u. 1093. u. 1094. u. 1095. u. 1096. u. 1097. u. 1098. u. 1099. u. 1100. u. 1101. u. 1102. u. 1103. u. 1104. u. 1105. u. 1106. u. 1107. u. 1108. u. 1109. u. 1110. u. 1111. u. 1112. u. 1113. u. 1114. u. 1115. u. 1116. u. 1117. u. 1118. u. 1119. u. 1120. u. 1121. u. 1122. u. 1123. u. 1124. u. 1125. u. 1126. u. 1127. u. 1128. u. 1129. u. 1130. u. 1131. u. 1132. u. 1133. u. 1134. u. 1135. u. 1136. u. 1137. u. 1138. u. 1139. u. 1140. u. 1141. u. 1142. u. 1143. u. 1144. u. 1145. u. 1146. u. 1147. u. 1148. u. 1149. u. 1150. u. 1151. u. 1152. u. 1153. u. 1154. u. 1155. u. 1156. u. 1157. u. 1158. u. 1159. u. 1160. u. 1161. u. 1162. u. 1163. u. 1164. u. 1165. u. 1166. u. 1167. u. 1168. u. 1169. u. 1170. u. 1171. u. 1172. u. 1173. u. 1174. u. 1175. u. 1176. u. 1177. u. 1178. u. 1179. u. 1180. u. 1181. u. 1182. u. 1183. u. 1184. u. 1185. u. 1186. u. 1187. u. 1188. u. 1189. u. 1190. u. 1191. u. 1192. u. 1193. u. 1194. u. 1195. u. 1196. u. 1197. u. 1198. u. 1199. u. 1200. u. 1201. u. 1202. u. 1203. u. 1204. u. 1205. u. 1206. u. 1207. u. 1208. u. 1209. u. 1210. u. 1211. u. 1212. u. 1213. u. 1214. u. 1215. u. 1216. u. 1217. u. 1218. u. 1219. u. 1220. u. 1221. u. 1222. u. 1223. u. 1224. u. 1225. u. 1226. u. 1227. u. 1228. u. 1229. u. 1230. u. 1231. u. 1232. u. 1233. u. 1234. u. 1235. u. 1236. u. 1237. u. 1238. u. 1239. u. 1240. u. 1241. u. 1242. u. 1243. u. 1244. u. 1245. u. 1246. u. 1247. u. 1248. u. 1249. u. 1250. u. 1251. u. 1252. u. 1253. u. 1254. u. 1255. u. 1256. u. 1257. u. 1258. u. 1259. u. 1260. u. 1261. u. 1262. u. 1263. u. 1264. u. 1265. u. 1266. u. 1267. u. 1268. u. 1269. u. 1270. u. 1271. u. 1272. u. 1273. u. 1274. u. 1275. u. 1276. u. 1277. u. 1278. u. 1279. u. 1280. u. 1281. u. 1282. u. 1283. u. 1284. u. 1285. u. 1286. u. 1287. u. 1288. u. 1289. u. 1290. u. 1291. u. 1292. u. 1293. u. 1294. u. 1295. u. 1296. u. 1297. u. 1298. u. 1299. u. 1300. u. 1301. u. 1302. u. 1303. u. 1304. u. 1305. u. 1306. u. 1307. u. 1308. u. 1309. u. 1310. u. 1311. u. 1312. u. 1313. u. 1314. u. 1315. u. 1316. u. 1317. u. 1318. u. 1319. u. 1320. u. 1321. u. 1322. u. 1323. u. 1324. u. 1325. u. 1326. u. 1327. u. 1328. u. 1329. u. 1330. u. 1331. u. 1332. u. 1333. u. 1334. u. 1335. u. 1336. u. 1337. u. 1338. u. 1339. u. 1340. u. 1341. u. 1342. u. 1343. u. 1344. u. 1345. u. 1346. u. 1347. u. 1348. u. 1349. u. 1350. u. 1351. u. 1352. u. 1353. u. 1354. u. 1355. u. 1356. u. 1357. u. 1358. u. 1359. u. 1360. u. 1361. u. 1362. u. 1363. u. 1364. u. 1365. u. 1366. u. 1367. u. 1368. u. 1369. u. 1370. u. 1371. u. 1372. u. 1373. u. 1374. u. 1375. u. 1376. u. 1377. u. 1378. u. 1379. u. 1380. u. 1381. u. 1382. u. 1383. u. 1384. u. 1385. u. 1386. u. 1387. u. 1388. u. 1389. u. 1390. u. 1391. u. 1392. u. 1393. u. 139